Antrag vom 17.03.2022	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
CDU-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Temporäre Nutzung freier Büroflächen für Unterkünfte von Schutzsuchenden prüfen!

Wir als CDU sind zutiefst bestürzt über „Putins"-Angriff auf die Ukraine und verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Verstoß. Der Angriff ist nicht nur ein Angriff auf die Menschen in der Ukraine, sondern ein Angriff auf die Freiheit und Demokratie. Jetzt gilt es Solidarität zu zeigen.

Bisher hat die Stadt mehr als 1.600 Schutzsuchende untergebracht. Die Zahl wird in den kommenden Tagen weiter steigen, denn die Entwicklung ist dynamisch. Die Verwaltung führt bereits mit Hochdruck weitere Maßnahmen durch, um Hilfsangebote für Menschen aus der Ukraine anzubieten. Derzeit werden Schutzsuchende temporär in Hotels, Versammlungshallen oder bei Privatpersonen untergebracht. Insbesondere die Zahl der Schutzbedürftigen, die bei Privatpersonen unbürokratisch Zuflucht gefunden haben, ist nicht bekannt. In Anbetracht dessen, dass im Moment nicht abzuschätzen ist, wie lange der Krieg in der Ukraine dauert, müssen alle Optionen zur Unterbringung geprüft werden, denn derzeit sind einige Unterkünfte ggf. nur eine temporäre Lösung.

In den vergangenen Tagen ist aus der lokalen Presse zu entnehmen gewesen, dass in einigen Stadtbezirken ein Überangebot an Büroflächen besteht, insbesondere in Weilimdorf und entlang der Neckarschiene. Es wäre denkbar, diese leerstehenden Raumressourcen temporär zu nutzen, der gemeinnützige Verein Adapter aus Stuttgart könnte zudem mit seinem vorgefertigten Paneel-System - also durch modulare Raumsysteme - dabei einen schnellen, einfachen und flexiblen Ausbau ermöglichen.

Aufgrund der aktuellen Situation bitten wir die Stadtverwaltung zu prüfen, ob solche freien Büroflächen als temporäre Unterkünfte für Schutzsuchende genutzt werden können. Einschränkungen durch Bebauungspläne sollten dabei keine Rolle spielen, die Verwaltung soll aufgrund der Notsituation im Rahmen der baurechtlichen Befreiung großzügig handeln. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob vorgefertigte Paneel-Systeme für die Raumeinteilung verwendet werden können.

(gez.)
Alexander Kotz
Fraktionsvorsitzender

(gez.)
Beate Bulle-Schmid
Stv. Fraktionsvorsitzende

(gez.)
Jürgen Sauer
Stv. Fraktionsvorsitzender

(gez.)
Iris Ripsam

(gez.)
Bianka Durst